

27.10.2009

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Humanitäre Härten vermeiden - keine Abschiebungen von Roma in den Wintermonaten

I.

In Nordrhein-Westfalen leben aktuell ca. ausreisepflichtige 3700 Angehörige der Minderheit der Roma, viele seit weit über 10 Jahren. Sie haben sich in unterschiedlichem Maße in die hiesige Gesellschaft integriert, ihre Kinder besuchen in der Regel die Kindergärten und Schulen und sprechen besser deutsch als die Sprache des Herkunftslandes ihrer Eltern, das sie nicht kennen. Die meisten dieser Roma sind im Rahmen des Bürgerkriegs aus dem Kosovo nach Deutschland bzw. NRW geflüchtet. Sie haben hier Aufnahme vor den Vertreibungen aus dem Kosovo gesucht und gefunden.

Seit dem Abschluss der Verhandlungen über ein Deutsch-Kosovarisches Rückübernahmeabkommen beginnen nun verstärkt, auch in NRW, die Rückführungsmaßnahmen für alle ethnischen Gruppen aus dem Kosovo. Viele konnten bisher von der Bleiberechtsregelung nicht profitieren, weil die Hürden für eine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu hoch sind und in Zeiten der Wirtschaftskrise Flüchtlinge, und insbesondere die auch in Deutschland Diskriminierungen ausgesetzte Gruppe der Roma, keine existenzsichernde Arbeit finden. Anders als zu den Zeiten, als das Kosovo unter der Verwaltung der UNMIK stand, sollen nun auch Angehörige der Minderheiten, also Roma, Ashkali und Ägypter in das Kosovo abgeschoben werden.

Dies ist unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten nicht hinnehmbar. Die Situation für in das Kosovo zurückkehrende Flüchtlinge ist katastrophal, insbesondere für Angehörige der Roma. Berichte von Menschenrechtsorganisationen und von zurückgekehrten Flüchtlingen machen deutlich, dass im Kosovo die Durchsetzung des Schutzes von Minderheiten und eine unabhängige Justiz noch lange nicht existieren. Ende Januar / Anfang Februar diesen Jahres hat die Menschenrechtsorganisation Chachipe e. V. auf Einladung der Weltgesundheitsorganisation Roma im Kosovo besucht. Chachipe e. V. hat dabei festgestellt, dass Roma dort nach wie vor unter miserablen Bedingungen leben. Viele von ihnen wohnen in Lagern wie z.B. jenem nördlich von Mitrovica, das stark durch Blei belastet ist. Die Roma kön-

Datum des Originals: 27.10.2009/Ausgegeben: 27.10.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

nen in den meisten Fällen nicht mehr in ihre ursprünglichen Siedlungen und Häuser zurückkehren, da sie entweder zerstört oder bereits durch andere Personen in Besitz genommen wurden. Sie sitzen buchstäblich auf der Straße. Das bedeutet bei den bevorstehenden, kalten Wintermonaten für viele eine massive Gefährdung an Leib und Leben. Die Arbeitslosigkeit unter den Roma liegt deutlich über 90%. Angesichts dieser Situation ist es den RückkehrerInnen kaum möglich, ihre Existenz zu sichern.

Nach wie vor leiden die Roma im Kosovo unter massiven Diskriminierungen, bekommen keine angemessenen Unterkünfte und keine ausreichende medizinische und schulische Versorgung. Es kommt immer wieder zu rassistischen Übergriffen. UNMIK hat in ihrem letzten Bericht festgestellt, dass die Rückkehr von gefährdeten („vulnerable“) Bevölkerungsgruppen, zu denen die Roma zählen, Sorge bereite. Der letzte Lagebericht des auswärtigen Amtes vom 2.2.2009 bezeichnet die Sicherheitslage für Angehörige der Minderheiten als "weiterhin nicht stabil".

Neben vielen Flüchtlingsorganisationen forderte am 2.7.2009 auch der Menschenrechtskommissar des Europarates Thomas Hammarberg die europäischen Regierungen auf, keine ethnischen Minderheiten in das Kosovo abzuschieben.

In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 15.7.2009 bezeichnet er die Bedingungen in den Roma-Lagern im Kosovo als eine "humanitäre Katastrophe".

In dem "Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter Minderheit im Kosovo" von Stephan Dünwald, den Pro Asyl im Oktober diesen Jahres veröffentlicht hat, wird ausführlich die bestehende Diskriminierung der Gruppe der Minderheiten im Kosovo erläutert. So werden z.B. Hausbauprojekte, die ausdrücklich für Minderheiten deklariert sind, nur für Angehörige der serbischen Minderheit zur Verfügung gestellt. Die mehrheitlich albanische Polizei nimmt Anzeigen von gewalttätigen Übergriffen gegen Roma gar nicht erst auf, sondern kategorisiert sie als "Störung der öffentlichen Ordnung".

Darüber hinaus wird die fehlende gesundheitliche Versorgung anhand einzelner Flüchtlingschicksale geschildert. Auch die in NRW hochgelobten Rückkehrprojekte halten der kritischen Überprüfung vor Ort nicht stand. So trennte sich das BAMF von der AWO Nürnberg, dem bisherigen Kooperationspartner vor Ort, und gab damit auch die erworbene, sozialarbeiterische Kompetenz auf. Keine der unterstützenden Maßnahmen, wie z.B. Jobvermittlung, hat eine längere Laufzeit als fünf Monate und das von den Ländern NRW, Niedersachsen und Baden-Württemberg getragene Projekt "URA 2" endet mit dem 31.12.2009.

II.

Vor diesem Hintergrund darf die mit dem Erlass vom 13.05.2009 begonnene Abschiebung von Roma aus NRW nicht fortgesetzt werden.

Am 4.12.2009 treffen sich die Innenminister von Bund und Ländern zur nächsten Innenministerkonferenz, die am 19./20.11.2009 durch die Staatssekretäre vorbereitet wird. Hier müssen die Probleme, auf die ausreisepflichtige Roma im Kosovo und in Serbien treffen, erörtert werden und einer humanitären Lösung zugeführt werden.

III.

Der Landtag hat sich in seiner Sitzung am 10.09.2009 mit der Thematik befasst und einen generellen Abschiebestopp mehrheitlich abgelehnt. In den Jahren 2002 und 2003 gab es so

genannte Wintererlasse. In diesen wurden die Ausländerbehörden angewiesen, in den kalten Wintermonaten keine Rückführungen von Familien mit Kindern, die dem Volk der Roma angehören nach Serbien durchzuführen. Diese Möglichkeit kann auch von der jetzigen Landesregierung genutzt werden, um unzumutbare Härten, insbesondere für Kinder, zu vermeiden.

Wir fordern die Landesregierung auf,

1. in den Wintermonaten aus humanitären Gründen von Rückführungen der Roma in das Kosovo und nach Serbien abzusehen.
2. sich mit den mitfinanzierenden Ländern Baden-Württemberg und Niedersachsen und dem Bundesamt für Migration und Flucht für eine Verlängerung des "URA 2" Projekts sowie dessen Qualifizierung und verbesserte finanzielle Ausstattung einzusetzen.

Sylvia Löhrmann
Johannes Remmel
Monika Düker
Sigrid Beer

und Fraktion